



SPD- Rathaustelegramm

Nummer 2/2008

S. 1

Erlangen, aber gerechter: Mindestlohn stärkt die Menschenwürde und entlastet die Kommunen



Im Sommer letzten Jahres hatte die SPD-Fraktion in einem Antrag ein Konzept zur Förderung des Mindestlohns auf der kommunalen Ebene gefordert und eine Reihe von konkreten Vorschlägen dazu gemacht. (vgl. RT 5/2007). Bei der Behandlung im zuständigen Ausschuss erklärten CSU und FDP, Mindestlohn sei kein kommunales Thema und lehnten den Antrag ab. Der Oberbürgermeister als bekennender Unterstützer der marktradikalen „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (zur Verdeutlichung: Professor

Raffelhüschen, einer ihrer namhaften Vertreter, äußerte in seinem Festvortrag anlässlich der Verleihung des „job award“ der Erlanger GGFA zur Integration älterer Langzeitarbeitsloser Ende 2007 u. a. den Satz „es muss Reiche und Superreiche geben in einer Gesellschaft, sonst würden sich die Armen und Arbeitslosen überhaupt nicht mehr anstrengen...“) entzog sich der Diskussion, indem er sich vertreten ließ.

Unterstützung erhielt die Stadtratsfraktion nun aus der SPD-Landtagsfraktion und dem Bayerischen Städtetag. Christa Steiger, arbeitsmarktpolitische Sprecherin, unterstrich in einer Pressemitteilung den Wert von Mindestlöhnen für die Kommunen. Mindestlöhne bekämpfen nicht nur Armut, sondern fördern durch das Verbot von Dumping-Löhnen auch den fairen Wettbewerb im kommunalen Mittelstand. Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetages, Hans Schaidinger (CSU!), schlug ähnliche Töne an und betonte die finanziellen Entlastungen der Kommunen durch die Einführung von Mindestlöhnen. Viele ArbeitnehmerInnen verdienen selbst mit einem Vollzeit Arbeitsplatz so wenig, dass sie auf aufstockende Hartz-IV-Sozialleistungen und „Kosten der Unterkunft“ angewiesen sind; letztere müssen zu 70% aus dem städtischen Haushalt finanziert werden. **„Ein Mindestlohn“, so Fraktionsvorsitzende Gisela Niclas, „würde nicht nur die Würde der betroffenen Menschen stärken in ihrem Bemühen um eigenständige Sicherung ihrer Existenz, er würde auch helfen, städtische Kosten zu senken.“**

Die bayerische Staatsregierung und auch die Mehrheitsfraktionen im Erlanger Stadtrat haben das allerdings noch nicht verstanden. Die SPD-Fraktion wird jedenfalls weiter entschieden für einen Mindestlohn in Erlangen eintreten.

SPD-Fraktion macht Druck in Sachen Jugendhaus Innenstadt:

Entscheidung pro Jugend für Standort an der Wöhrmühle zeichnet sich ab

Mit einem Dringlichkeitsantrag im Januar-Stadtrat, der kürzlich im Bau- und Werkausschuss (BWA) sowie im Jugendhilfeausschuss (JHA) behandelt wurde, hatte sich die SPD erneut für ein neues Domizil für die Jugendhausinitiative eingesetzt. Am bisherigen Standort in der Westlichen Stadtmauerstraße ist bis spätabends immer viel los. Frühjahr und Sommer nahen, der Aufenthalt der JugendhausbesucherInnen spielt sich dann wieder verstärkt draußen vor dem Haus ab. Die SPD-Fraktion hatte deswegen das Gelände des ehemaligen Vereinsheims der Marinekameradschaft an der Wöhrmühle als neuen Standort für das Jugendhaus vorgeschlagen und die Verwaltung um fachliche Beurteilung des Gebäudes gebeten. Gebäudemanagement und auch der die E-Werk-Sanierung begleitende Architekt hatten den Mitgliedern des BWA unmissverständlich klar gemacht, dass das frühere Vereinsheim an der Wöhrmühle wegen starkem Schimmelbefall, Asbestbelastung und fehlendem Hochwasserschutz derzeit nicht nutzbar ist. Nur eine völlige Entkernung und Sanierung bzw. Abriss und Neubau (z.B. eine Containerlösung) könnten dies ändern (132 000 Euro – allein für den Hochwasserschutz fallen 25 000 Euro an – hat die Verwaltung dafür veranschlagt).

Angesichts dieser Kosten drohte der überfälligen Standortentscheidung wieder eine Verschiebung in die Warteschleife. Mit einem Antrag auf Abriss und sofortigen Neubau konnte sich die SPD-Fraktion in den



SPD- Rathusteilegramm

Nummer 2/2008

S. 2

Ausschüssen zwar nicht durchsetzen, aber ein schneller Besichtigungstermin ausschließlich für die Jugendhausinitiative fand im JHA einstimmige Unterstützung. Bei diesem Ortstermin haben sich die Jugendlichen trotz der massiven Probleme, die mit der Nutzbarmachung des Gebäudes verbunden sind, für eine Sanierung in eigener Regie entschieden.

Der Vertrag, den die Verwaltung hierzu vorschlägt, sieht vor, dass die gesamte Verantwortung für Sanierung und Gebäudeunterhalt auf die Jugendhausinitiative übergeht. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass den Jugendlichen nichts Unmögliches abverlangt wird. Immerhin sorgen sie mit der Haussanierung erneut für Fortschritt in einem Bereich, in dem die CSU/FDP-Mehrheit jugendpolitisch bisher auf der ganzen Linie versagt hat: Bei der Schaffung von Raum und Platz für Jugendliche!

Über den erreichten Konsens für einen neuen Standort des Jugendhauses Innenstadt freuen sich OB-Kandidatin Ursula Lanig und Birgit Hartwig, jugendpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Lanig: „Der Mut der Jugendlichen, „ihr“ neues Haus selbst sanieren zu wollen, verdient größten Respekt und unser Aller Unterstützung.“ Und Hartwig ergänzt: „Die Initiative braucht fachliche Hilfe und vor allem einen ausreichenden Finanzausschuss. CSU und FDP müssen nun zeigen, ob ihr Einlenken Wahltaktik ist oder verlässliche Unterstützung.“

Die Stadt-Umland-Bahn braucht den politischen Kurswechsel!

Was die SPD schon seit Jahren wiederholt, wurde jetzt aufs Neue bestätigt: Die Stadt-Umland-Bahn (StUB) ist realisierbar! Der „Vater“ der Karlsruher Stadtbahn, Dr. Ing. E. H. Dieter Ludwig, machte den Befürwortern der StUB bei seinem Vortrag, zu dem die Bürgerinitiative für Umweltverträgliche Mobilität im Schwabachtal eingeladen hatte, Mut. Die Quintessenz: Die Stadt-Umland-Bahn ist möglich, sie ist erfolgreich, und sie fördert die Wirtschaft. Entscheidend sei ihre Ausrichtung an Bürgerinteressen: Direktverbindungen im 10-Minuten-Takt sind ebenso wichtig wie die zugehörigen Park-and-Ride-Parkplätze, deren Parkerlaubnis immer zusammen mit der Fahrkarte verkauft werden soll. Das so praktizierte Karlsruher Modell jedenfalls ist erfolgreich. Die Fahrgastzahlen steigen seit Jahren, und in der Nähe der Bahn entstehen neue Gewerbegebiete. Karlsruhe (aber auch Saarbrücken und andere Städte) hatten vor 14 Jahren, also zur selben Zeit wie Erlangen, mit der Planung dieses umweltfreundlichen Verkehrssystems begonnen. Ihr „Wolkenkuckucksheim“ ist inzwischen gebaut und bereits mehrfach erweitert.



Obwohl man in Erlangen Mitte der 90er Jahre mit fachlicher Unterstützung durch Siemens VT (Verkehrstechnik) ein StUB-Konzept entwickelt hatte – einen einstimmigen Beschluss über die Sicherung der dafür nötigen Trassen für die Schienen hatten seinerzeit der Erlanger Stadtrat und die Kreistage der Landkreise Erlangen-Höchstadt und Forchheim bereits gefasst – erfolgte nach dem Politikwechsel 1996 ein Vollbremsung. **„Die Pläne verschwanden in der Schublade von CSU und FDP und wurden fortan als nicht finanzierbar und „Wolkenkuckucksheim“ schlecht geredet“, kritisiert Planungssprecher Robert Thaler.** Die Mehrheitsfraktionen im Erlanger Stadtrat setzen weiter auf überholte Verkehrskonzepte: Siehe Kosbacher Damm (CSU und FDP) und Südumgehung (CSU-Mehrheit). Angesichts der Auffassung von CSU und FDP im Landkreis (einhellig pro Südumgehung!) ist von Schwarz-Gelb keine umweltverträgliche verkehrspolitische Wende zu erwarten. **„Es mangelt ganz eindeutig nicht an der Machbarkeit, sondern am politischen Willen von CSU und FDP. Dort ist offensichtlich kein Platz für innovative Verkehrskonzepte“, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Umweltsprecher Florian Janik, „wer die StUB will, muss den politischen Kurswechsel in Erlangen durchsetzen.“**



Fahrradsituation rund um die Arcaden: SPD lässt nicht locker



Die SPD-Fraktion hat es von Anfang an bemängelt: Die RadfahrerInnen wurden bei der Planung der Arcaden weder als KundInnen noch als VerkehrsteilnehmerInnen ausreichend berücksichtigt. Und so bleibt die Fahrradsituation rund um das Einkaufszentrum auch nach den positiv verlaufenen Gesprächen zwischen dem Center-Management (wir berichteten im RT 1/2008)

und der SPD-Fraktion, unterstützt vom ehemaligen Umweltreferenten und ADFC-Landesvorsitzenden Dr. Dietmar Habermeier, ein aktuelles Thema. In einer erneuten Antragsinitiative geht es um die Bushaltestellen im Bereich der Arcaden. Dort werden wegen unzureichender Wegweisung zum Fahrradparkplatz immer wieder Räder abgestellt. Dadurch wird der Zugang zu den Bussen erschwert. Für Eltern mit Kinderwägen oder für auf Gehhilfen angewiesene Menschen wird das Ein- und Aussteigen damit oft zu einem Problem. Hier soll nun Abhilfe geschaffen werden. Die SPD-Fraktion beantragte folgende Maßnahmen: Vor den Arcaden wird zur Verdeutlichung der Haltestellensituation ein Buswartehäuschen errichtet, auf dem Streifen zwischen Radweg und Haltestelle werden parallel zur Güterhallenstraße einige Bänke aufgestellt, auf das Fahrradabstellverbot im Bereich der Bushaltestellen wird durch Piktogramme im Gehwegbelag oder durch Schilder unübersehbar hingewiesen.

Miteinander von Jung und Alt in Büchenbach: Erfolg für SPD-Fraktion

Im RT 9/2007 berichteten wir über einen SPD-Antrag zur Realisierung von Mehrgenerationenwohnen in Erlangen. Ziel der SPD war und ist, dass Jung und Alt in räumlicher Nähe zusammenleben können. Gerade in den Neubaugebieten im Erlanger Westen ist das schwierig, da hier vor allem Einfamilienhäuser (ent)stehen. Die SPD-Initiative war erfolgreich: Im Neubaugebiet Büchenbach-West sollen nun Grundstücke gezielt an Bauherren verkauft werden, die an der Errichtung von Häusern, in denen Mehrgenerationenwohnen möglich ist, interessiert sind. Das wurde jetzt vom zuständigen Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss so beschlossen. Ein Grundstück in der Mönaustraße ist dafür vorgesehen. **„Eine Bauherrengemeinschaft wird dort Geschosswohnungen für mehrere Generationen unter einem Dach errichten“, so die engagierte West-Stadträtin Felizitas Traub-Eichhorn, „das Modell darf aber keine Eintagsfliege bleiben.“**

Hundewiesen: SPD für spannungsfreies Miteinander von Mensch und Tier

Der Hund – nicht bei Allen stößt der treueste Begleiter des Menschen auf Gegenliebe. Besonders in der Stadt sind Konflikte vorprogrammiert, wenn es für Hunde zu wenig Bewegungsmöglichkeiten gibt oder der Mensch beim Spazieren gehen Gefahr läuft, den Hinterlassenschaften der Vierbeiner zu nahe zu kommen. **„Besonders im Interesse der Gesundheit unserer Kinder ist es wichtig, die Freispielflächen sauber zu halten“, so Norbert Schulz, gesundheitspolitischer Sprecher der Fraktion.** Deswegen setzt sich die SPD-Fraktion nun für die Verbesserung eines spannungsfreien Miteinanders von Tier und Mensch ein – entsprechend dem Nürnberger Beispiel. Dort gibt es schon seit geraumer Zeit sogenannte Hundewiesen, die – zum Teil eingezäunt und natürlich mit der nötigen Ausrüstung (Mülleimer, Entsorgungsbeutelspender) versehen – den Nürnberger Hunden genug Bewegungsfreiheit bieten. Diese Wiesen werden gut angenommen. Die SPD-Fraktion hat beantragt, dass die Verwaltung aufzeigt, an welchen weiteren Standorten und mit welchem Aufwand weitere Hundewiesen in Erlangen eingerichtet werden können.

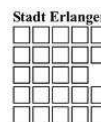


SPD-Fraktion will Jugendfarm sichern

Die „Jugendfarm Erlangen e. V.“ ist seit Jahren eine sehr beliebte Kinder- und Jugendeinrichtung. Einst als sozialdemokratisches Reformprojekt ins Leben gerufen und jahrelang hartnäckig gegen den Widerstand von CSU und FDP verteidigt, fasziniert das gemeinsame Erlebnis Natur auf dem Abenteuerspielplatz mit Tierhaltung im Meilwald Kinder aller Altersgruppen immer wieder aufs Neue. Seit Jahren bekannt sind aber auch die finanziellen Probleme der Jugendfarm, deren Personaldecke einfach zu dünn ist. Zwar ist die Lebenshilfe Erlangen seit 2004 ein verlässlicher Kooperationspartner, aber auch die kann kein Geld für mehr Personal herzaubern. Die Situation ist inzwischen so schwierig, dass die Aufrechterhaltung des Betriebes in Gefahr ist. Die SPD-Fraktion wurde sofort tätig. Sie beantragte für die Kultur- und Freizeitausschuss am 5. März Berichte von Jugendfarm, Lebenshilfe und Stadtverwaltung über die finanzielle und personelle Situation und verlangt schnelle finanzielle Hilfe außerhalb der Haushaltsberatungen. **„Die SPD-Fraktion wird – wie schon oft in früheren Jahren – gemeinsam mit der großen Fangemeinde alles tun, damit auf der Jugendfarm die Arbeit weitergehen kann“**, so die personalpolitische Sprecherin Barbara Pfister.

Kinderarmut umfassend bekämpfen? Nach wie vor kein Konzept der CSU/FDP-Mehrheit

Hier sieht die SPD-Fraktion eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Ihr Antrag zu den Haushaltsberatungen 2008 (vgl. SonderRT Haushalt 2008), Finanzmittel z.B. für kostenloses Mittagessen für Kinder und Kochkurse für deren Mütter und Väter u. a. zur Verfügung zu stellen und darüber hinaus den Vorschlägen des Kinderschutzbundes folgend Maßnahmen zur Gesundheitsförderung zu ergreifen (Einsatz von Familienhebammen, Erhaltung der zwei städtischen Kinderärztinnen, Verbesserung der Situation in Obdachlosenwohnungen, Bildungsförderung u. a.) war von der CSU/FDP-Mehrheit abgelehnt worden mit der bemerkenswerten Begründung der Sozialreferentin: „Das müssen wir ablehnen. Das geht Alles nicht weit genug. Die Verwaltung bereitet derzeit in einer Arbeitsgruppe ein umfassendes Konzept vor“. Folgerichtig fragte die SPD-Fraktion im neuen Jahr sofort nach. Das angekündigte umfassende Konzept bestand lediglich in Überlegungen für ein kostenloses Mittagessen für bedürftige Kinder in Schulen und Betreuungseinrichtungen. Die Zahl der betroffenen Kinder: 2200. Das sind rund 15% aller Kinder von 0 bis 15 Jahre. Eine erschreckend hohe Zahl für Erlangen! Je nachdem, ob man das **Mittagessen verbilligt oder kostenlos** ausgibt, entstehen dafür Kosten zwischen 500 000 und 1,2 Mio. Euro pro Jahr. Auch wenn zur Finanzierung noch kein einziger Vorschlag gemacht wurde, ist aber jetzt schon klar, dass das Geld den Schulen und Einrichtungen direkt zur Verfügung gestellt und nicht einzeln ausbezahlt werden soll. **Fraktionsvorsitzende Gisela Niclas begrüßte diesen Weg, wies aber in der Ausschuss-Debatte darauf hin, dass das kostenlose Mittagessen allein noch kein umfassendes Konzept zur Bekämpfung der Kinderarmut darstelle.** Für weitere konzeptionelle Arbeit steht nach Auskunft der Sozialreferentin jedoch kein Personal zur Verfügung.



Unsere weiteren Anträge:

- Mehr Spiel- und Freiflächen für Kinder im Röthelheimpark
- Nutzung des „offenen Ateliers“ für den Heimat- und Geschichtsverein Erlangen
- Schulwegsicherheit im Röthelheimpark

Um weitere Informationen zur Arbeit der SPD-Stadtratsfraktion zu erhalten, schauen Sie auch ins Internet unter

www.spd-fraktion-erlangen.de

oder schicken Sie uns eine Mail. Gerne senden wir Ihnen die in den einzelnen Beiträgen genannten Anträge im Wortlaut per E-Mail zu.

Kontakt:

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Telefon: 09131-862225
Fax: 09131-862181
Mail: spd@erlangen.de
Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de

Impressum:

Das SPD-Rathausstelegramm wird erstellt durch die SPD-Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen.
Verantwortlich: Gisela Niclas
Redaktionelle Gestaltung: Gary Cunningham